

War das Wahlergebnis in Mecklenburg-Vorpommern schon deprimierend, um so erschreckender die Reaktion des Spitzenkandidaten Holter, der umgehend und ohne innezuhalten sofort die Schuldfrage für die Wahlniederlage erklärte und gleich nach einer Regierungsbeteiligung rief. Welch eine Arroganz und Weltfremdheit in der Beurteilung der tatsächlichen politischen Verhältnisse und Befindlichkeiten der Wählerinnen und Wähler, ganz abgesehen von der der Mitglieder und Sympathisanten der LINKEN. Der Landesverband setzt mit seiner mehr als oberflächlichen und an den Realitäten vorbeigehenden unkritischen Einschätzung der politischen Lage sowie Erwartungen noch eins drauf. Unter der Ägide dieser Spitzenfunktionäre erreichte die seit Jahren andauernde Talfahrt in der Zustimmung zur Politik der LINKEN bei den Bürgerinnen und Bürgern nunmehr ihren Tiefpunkt. Aber man will so weiter wursteln und um welchen Preis auch immer, sich an der Macht beteiligen. Kein Besinnen, keine Analyse, kein Blick ins Parteiprogramm und keine zwei Blicke in die Lebensverhältnisse und Erwartungen der Menschen an linke Politik.

Dabei haben nicht nur die Wahlergebnisse im Frühjahr diesen Jahres für die LINKEN unüberhörbar die Alarmglocken ertönen lassen. Eine sachlich-kritische Analyse zu den Ursachen des Niedergangs der Akzeptanz linker Politik - Fehlanzeige. Keine inhaltlichen und personellen Konsequenzen, nur Postentausch in den Führungsetagen bei den Linken.

Aus dem Liebknecht-Haus kamen und kommen auch keine deutlichen und mit politischen Veränderungen verbundenen Signale. Es scheint für Wähler und Mitglieder sowie Sympathisanten, als haben sich viele linke Amts- und Mandatsträger in diesem System bequem eingerichtet. Nun starrt man wie ein Kaninchen auf die Wahlen in Berlin und hofft auf ein Wunder.

Dabei ist es für die LINKE fünf vor zwölf, wenn sie das Ruder für die Akzeptanz als konsequente antikapitalistische, antimilitaristische und soziale Kraft noch herumreißen will. Dem selbsterstörerischen Werk einiger linker Funktionäre muss Einhalt geboten und der politische Wille der Mitglieder sowie Sympathisanten der LINKEN darf nicht der Selbstverliebtheit linker Amts- und Mandatsträger weiter geopfert werden. Das Parteiprogramm darf auch nicht einem göttlichen Willen und eine friedliebende Außenpolitik nicht der Regierungsbeteiligung untergeordnet werden.

Konsequente linke Politik bedeutet u.a. auch, dass linke Bundestagsabgeordnete nicht zum Truppenbesuch nach Incirlik fahren sollten, denn wir sind laut Parteiprogramm gegen NATO sowie Auslandseinsätze der Bundeswehr und wir müssen auch ein deutliches Zeichen gegen die politische Entwicklung in der Türkei unter Erdogan setzen. Die gegenwärtige innen- und außenpolitische Lage sowie die Verfasstheit der LINKEN erfordert mit Blick auf die kommende Bundestagswahl dringend einen außerordentlichen Parteitag. Dies wäre ein deutliches Zeichen an die Bürgerinnen und Bürger dafür, dass die LINKE wirklich Lehren aus den Wahlniederlagen zieht und zu einem linken Politikverständnis mit praktischen Schlussfolgerungen für deren Interessen zurückfindet.

Raimon Brete